

Sozialistische Linkspartei / SLP  
Österreichische Sektion des CWI/MLA  
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien  
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
E-Mail slp@gmx.at

# WOLFRAS

**Zeitung der Marxisten in SJ, SPÖ & ÖGB**  
**Nr. 40 September/Oktober 1993 Preis öS 7.- Solidaritätspreis öS 10.-**

**WEG MIT DEM  
AUFENTHALTS-  
GESETZ!**

Hunderttausende ausländische Kolleginnen und Kollegen zittern in diesen Tagen um ihre Zukunft. Eine Frist versäumt - ABGESCHOBEN. Eine zu kleine Wohnung - ABGESCHOBEN. Kein gültiges Reisedokument - ABGESCHOBEN. Die Paragraphen des neuen Aufenthaltsgesetzes schlagen auf die türkischen, kurdischen, bosnischen, serbischen,... Arbeiter und Jugendlichen ein. Mit dem Schutz und den Interessen der österreichischen Arbeitnehmer haben die neuen Gesetze nichts zu tun. Tausende Ausländer werden in die Illegalität gedrängt, denn sie bleiben (verständlicherweise)

lieber als Menschen zweiter Klasse ohne jegliche Rechte hier, als in ihre frühere Heimat zurückzukehren, in der oft Tod, Hunger und Verfolgung wartet. Für die Unternehmer werden diese Menschen dadurch grenzenlos erpressbar und als Lohndrücker gegenüber den österreichischen Arbeitern mißbraucht. Der beste und einzig mögliche Schutz vor Lohndrückerei ist volle politische und soziale Gleichstellung für in- und ausländische Arbeitnehmer. Das ist die einzige Art, wie ein Kampf für die Lösung der bestehenden sozialen Probleme organisiert werden kann!

- ★ Sozialabbau
- ★ Unsoziale EG
- ★ Stoppt die Rechten

**ANTIFA-DEMO**  
**24.10.93**

## Ausländer sind die falsche Adresse

Seit Jahren versucht die FPÖ (erfolgreich) durch Hetze gegen Ausländer, von den wahren Schuldigen an den Problemen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit (also den Unternehmern) abzulenken. Löschnaks Gesetzeswerk ist die Kapitulation vor allem, was Haider (fälschlicherweise) behauptet. Laut Paragraph 2 hängt die Aufenthaltsgewilligung von der Entwicklung des Arbeits- und Wohnungsmarktes, im Schul- und Gesundheitswesen und von der Gewährleistung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ab. Als ob Ausländer und nicht die Unternehmer Fabriken aus Profitgründen schließen. Als ob Ausländer und nicht die Unternehmer keine zehntausende Wohnungen aus Spekulationsgründen leerstehen lassen bzw. keine bauen. Nicht Ausländer sind schuld, sondern der kapitalistische Markt versagt. Und es sind auch nicht die Ausländer, die die Nichtbezahlung des ersten Krankenstandstages fordern oder die arbeitslose Lehrerin nicht einstellen wollen. Und unsere Sicherheit gefährden nicht Ausländer, sondern rechte Schläger und Nadelstreif-Rassisten, die durch ihre Politik des Sozialabbaus und Förderung des "freien Marktes" die sozialen Probleme erst hervorrufen und den Rechtsradikalen Vorschub leisten. Sie fordern einen Polizeistaat, um auf die einzuschlagen, die unter der Marktwirtschaft leiden und vielleicht dagegen protestieren könnten.

### Weg mit dem Gesetz

Das Aufenthaltsgesetz bedeutet eine Katastrophe für alle ausländischen KollegInnen und ihre Familien. Über hunderttausend von ihnen erfüllen die Mindestanforderung von 10m<sup>2</sup> Wohnraum nicht (als ob das ihre Schuld wäre), fast täglich hört und liest man von Ausweisungsbescheiden, die Eltern von ihren Kindern trennen; alte und arbeitsfähige Ausländer werden von den Behörden des Landes verwiesen (weil sie den Unternehmern keinen Profit mehr bringen)... Das Argument Löschnaks, daß bis jetzt pro Monat nur 60 Anträge abschlägig behandelt wurden, ist irreführend und zynisch: jene, deren Aufenthaltsgewilligungen um mehr als sechs Wochen abgelaufen sind (egal ob aus Eigen- oder Behördenverschulden!), sind in dieser Rechnung nicht drinnen. Und bei 60 abgeschobenen Menschen von "nur" zu sprechen, spricht für sich. Außerdem werden sich die "Härtefälle" erst in den nächsten Wochen drastisch erhöhen. Wie viele Menschen werden in die Illegalität gedrängt? Alles nur einzelne "Härtefälle"?

### Was muß getan werden?

Caritas-Präsident Schüller und die Grünen fordern als Protest auf, bedrohte Ausländer zu verstecken. Das ist im Einzelfall vielleicht sinnvoll, doch es ist völlig unrealis-

tisch zu glauben, es wäre möglich, auf Dauer zehntausende Menschen zu verstecken. Rassismus ist ein politisches und soziales Problem. Unsere Aufgabe ist es, klar zu machen, wer schuld an der Situation am Arbeits- und Wohnungsmarkt ist, Aktionen gegen das Gesetz und für die sozialen und demokratischen Rechte von aus- und inländischen Arbeitnehmerinnen und Jugendlichen zu organisieren. Prominentenkomitees werden uns nicht weiterhelfen. Der Widerstand gegen dieses Abschiebungsgesetz muß in den Schulen, Betrieben, Universitäten und Gewerkschaften organisiert werden.

John Evers *Jugend für Sozialismus 5*

### Wie ihr uns treffen könnt...

**VORWÄRTS-UnterstützerInnen sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend und des Antifa-Komitees aktiv. Einige SJ-Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen zu verbessern und sich gegen neuerliche Angriffe gemeinsam zu wehren, haben AktivistInnen dieser Gruppen die Kampagne "JUGEND FÜR SOZIALISMUS" Aktion für eine sozialistische SJ" gegründet. Alle Gruppen treffen sich regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.**

### WIR TREFFEN UNS:

SJ 3  
**Gruppe COMMUNE:**  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
Wien 3, Zentrum Erdberg  
Lechnerstr. 2-4

SJ 5 - aufgelöst/SJ  
Wien 5  
**Gruppe FUNKE:**  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
Wien 5, Jugendzentrum,  
Grünwaldg.4

SJ 6  
**LINKE AKTIONSGRUPPE:**  
jeden Dienstag 19 Uhr  
Wien 6, Wallg.4

SPÖ 20/ **Themeninitiative Jugendarbeit**  
**Gruppe SAJ:**  
jeden Mittwoch 19 Uhr  
Wien 20, Marchfeldstr.16-18/4  
Sektion 17

SJ 23  
**Gruppe OFFENSIV**  
derzeit kein Gruppenlokal

...und in den Gruppen des  
**ANTIFA-KOMITEES**  
siehe Seite 9

IMPRESSUM:  
Eigentümer, Herausgeber und f.d.v.: Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, PF 2 1062 Wien  
Druck A Riegelink Parisring 19 1060 Wien  
Erscheinungsort: Wien  
Hergestellt aus Recycling-Papier

Michael Gehmacher

## Frauen: Zurück an den Herd?



Frauenarbeit: Viel Arbeit - Wenig Geld

Als die grüne Nationalratsabgeordnete Stoits im Innenausschuß Probleme mit dem Mikrophon hatte, blamierte sich ÖVP-Abgeordneter Burgstaller mit dem Zwischenruf "In den Mund nehmen und fest daran lutschen", wie Zeugen bestätigten.

Die "solidarischen Reaktionen" der männlichen Kollegen folgten prompt, nicht weniger lamabel: SP-Klubobmann Fuhrmann glaubt das Klima im Parlament gefährdet, FP-Generalsekretär Scheibner bot Burgstaller politisches Asyl mit dem Hinweis an, die "Blauen seien eine offene Partei", und die steirische ÖVP stellte sich hinter Burgstaller. Laut Stoits ist diese Affäre kein Einzelfall. Es komme im Innenausschuß häufig vor, daß "die Männer versuchen, Frauen niederzumachen". Nach wie vor wird es Frauen so schwer wie möglich gemacht, sich am öffentlichen Leben wie eben zum Beispiel an der Politik und am Berufslieben zu beteiligen!

### Frauen an Österreichs Universitäten

In die gleiche Kerbe schlug auch Wissenschaftsminister Busek anlässlich zweier Besetzungsentscheidungen für zweitgereichte Männer als Professoren und gegen erstgereichte Frauen, die heftige Proteste auslösten. Obwohl 43,9% der Uni-AbsolventInnen Frauen sind, gibt es nach wie vor keine Rektorin und nur 2,8% ordentliche Professorinnen an Österreichs Universitäten.

### Karenzgeld

Die jüngsten Angriffe auf das Karenzgeld treffen größtenteils Frauen: VP-Generalsekretärin Korosec schlug vor, 1994 auf eine Erhöhung des Karenzgeldes zu verzichten, um das Budget zu sanieren. Wirtschaftskammerpräsident Maderthaner, Stummvoll, Wissenschaftsminister Busek und Finanz-Staatssekretär Ditz (alle ÖVP) orten einen "eklatanten Mißbrauch" bei der Beziehung des erhöhten Karenzgeldes. Der Unterschied zwischen normalem und erhöhtem Karenzgeld betragt ca. 2600,- öS. Erhöhtes Karenzgeld steht alleinerziehenden Müttern (oder Vätern) zu; sowie jenen, deren Ehegatte oder Lebensgefährte über ein geringes Einkommen verfügt. Eine vollkommene Abschaffung des erhöhten Karenzgeldes - wie z.B. Stummvoll fordert - hätte zweifelsohne zur Folge, daß mehr Frauen entweder gezwungen wären, einen Mann mit zumindest durchschnittlichem Einkommen zu heiraten oder mit ihren Kindern auf die Straße oder ins Mutter-Kind-Heim zu ziehen. Wohnung, Nahrung und

tuation von konservativen Kräften massiv unterstützt! Herrscht Hochkonjunktur, so hat man ja immer noch die Möglichkeit, die Frauen (als billige, unqualifizierte Arbeitskräfte) als Reservearmee in die Fabriken zu holen, um sie in Zeiten der Wirtschaftskrise - wie auch jetzt - wieder an den Herd zurückzudrängen!

### Kindergartenplätze

Während daher in Zeiten der Hochkonjunktur über die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten nachgedacht wird, scheint dieses Thema in Zeiten wie diesen nicht so wichtig zu sein. Laut Familienministerin Rauch-Kallat fehlen derzeit 100.000 Kindergartenplätze, Frauenministerin Dohnal spricht gar von 230.000. Ca. die Hälfte aller berufstätigen Frauen haben Kinder unter 15 Jahren zu versorgen. Sollen sie nun alle "zurück an den Herd"?

### Nachtarbeitsverbot

Das Nachtarbeitsverbot für Frauen galt lange Zeit als wichtige soziale Errungenschaft der ArbeiterInnen. Nun wird es von Politikerinnen wie Heide Schmidt, aber auch von immer mehr GewerkschaftsfunktionärInnen, in Frage gestellt. Schmidt spricht von der "Diskriminierung", die das Verbot für viele Frauen darstellt. Tatsächlich wird durch das Nachtarbeitsverbot Frauen der Zugang zu vielen Berufszweigen verwehrt. Andererseits klagen 50-80% aller Nachtarbeiter über Schlafstörungen, mehr als 50% leiden unter Magen-Darm-Beschwerden. In einzelnen Berufssparten (Apothekerin, Krankenschwester etc.) ist es sicher unumgänglich, nachts zu arbeiten. Hier gilt jedoch auch bis jetzt eine Ausnahmebestimmung, die Frauen vom Nachtarbeitsverbot ausnimmt.

### 20.000,- für Hausfrau

Die Forderung Stummvolls nach Abschaffung des erhöhten Karenzgeldes wirkt besonders grotesk angesichts eines Urteils des Obersten Gerichtshofes, das den Wert einer Hausfrau und Mutter zweier Kinder mit 20.000,- Schilling festlegte. Selbst 20.000,- scheinen jedoch noch wenig im Vergleich zum Durchschnittseinkommen einer Krankenschwester, einer Wäscherin, einer Putzfrau, einer Pädagogin und Lehrerin, einer Köchin, einer Schneiderin etc. plus Überstunden-, Nachtarbeits- und Erschwerniszulage zu sein. Diese Berufe übt nämlich eine Hausfrau und Mutter alle gleichzeitig aus. Ist sie "brav" und heiratet, darf sie sich nach Meinung unserer konservativen Politiker vom Ehemann erhalten lassen und um jeden Groschen betteln; wenn nicht, wird sie eben damit bestraft, unter dem Existenzminimum "leben" zu müssen!

Mit dieser Politik wird zweifelsohne versucht, die alte Rolle der Frau an der Seite des Mannes zu festigen. Weil die Unterdrückung der Frauen stabilisierend auf das kapitalistische System wirkt, wird diese Si-

In den Berufsgruppen, in denen Nachtarbeit jedoch lediglich den Profit der Unternehmer erhöht, ist es keineswegs einschichtig, daß der Arbeitnehmer durch Nachtarbeit seine Gesundheit aufs Spiel setzen soll. Ein Nachtarbeitsverbot in diesen Sparten für Männer UND Frauen würde die diesbezügliche Diskriminierung von Frauen ebenfalls aufheben - und wäre im Interesse der ArbeitnehmerInnen! Jedenfalls ist die Emanzipierung der Frauen von den Zwängen der Gesellschaft und die Abschaffung von Benachteiligungen mit der sozialen Sicherheit, die ausreichende Sozialleistungen und Einkommen einschließt, und den politischen Rechten der arbeitenden Bevölkerung verbunden.

Sybille Uhdia SJ 3

# STOPPT den Sozialabbau

12% der österreichischen Haushalte sind gefährdet, in Armut abzusinken. Das ist das Ergebnis einer Studie des Sozialministeriums. Die Armutsgrenze (nach EG-Kriterien) liegt bei 5360.- öS pro Person und Monat - das ist die Hälfte des Österreichischen Durchschnittseinkommens. Aus verschiedenen Gründen - niedriger Lohn, soziale Probleme, Scheidung,... - sind über 1 Million Österreicher in dieser Situation. Trotzdem werden in letzter Zeit immer wieder Stimmen aus den Kreisen von ÖVP, FPÖ und Wirtschaft laut, die überall "Mißbrauch von Sozialleistungen" sehen. Stimmen aus jenen Kreisen, die vielleicht mit 5000.- am Tag, aber sicher nicht im Monat auskommen müssen.

getroffen werden, wieder verstärkt ein Privileg der Reichen sein! Das Tüpfelchen auf dem i war jedoch Ditz' Feststellung zum Karenzgeld: "Die Studentinnen würden sich durchs Kinderkriegen ein zusätzliches Einkommen schaffen". Wie eine Studentin bei den derzeitigen Lebenshaltungskosten (man denke nur an den Mietwucher) von 5292 Schilling (bzw. 7917 Schilling erhöhtes Karenzgeld) mit einem kleinen Kind leben soll, erklärte Herr Ditz leider nicht. Vergessen dürfte er wohl auch haben, daß sich die Mieten in den letzten zehn Jahren verdoppelt haben - die Sozialleistungen aber wohl kaum. Aber auch Busek stieß bei der Suche nach "Sozialschmarotzern" genau auf jene 42.000 Frauen, die erhöhtes Karenzgeld beziehen. Und Stummvoll (Wirtschaftskammer, ÖVP), ebenfalls seit Monaten auf der Suche nach "Mißbräuchen des Sozialnetzes", tritt für ein einheitliches Karenzgeld ein - auf "geringen Niveau". Die Industriellenvereinigung stellt überhaupt gleich zwei eben erst eingeführte Sozialleistungen - Pflegevorsorge und zweites Karenzjahr - in Frage.

"Wir alle müssen den Gürtel enger schnallen"



gehen wird, wird die Wirtschaft das sicher zu ihren Gunsten ausnutzen. Der Gewerkschaftsführung ist kein Widerstand zuzutrauen, sie wird eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinnehmen, um ja nicht ihre Posten und Einfluß zu gefährden.

Wer beim Pfluschen erwischt wird, verliert auf vier Wochen zusätzlich zur Zeit des Pfluschens das Arbeitslosgeld. Außerdem muß der Arbeitslose jetzt bei der Arbeitssuche "initiativ" werden. Was das heißt, ist unklar. All das bedeutet spürbare Verschlechterungen für die Arbeitnehmer - und die Gewerkschaftsführung tut nichts!

Im September wird nun verkündet, was ohnehin schon seit Juni fixiert ist: Die Sozialkassen werden durch drei Maßnahmen aufgefüllt: Die Beiträge für Arbeitgeber und -nehmer in den Arbeitslostopf werden jeweils um 0,3 % erhöht. Der Finanzminister (sprich: der Steuerzahler) trägt aus dem Budget 2-3 Milliarden öS bei. Die finanziellen Auswirkungen der bereits durchgesetzten sogenannten "Einsparungen", wie z.B. der verschärften Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose, werden nach einigen Monaten überprüft. Das Sozialabbau-Programm von Bundeswirtschaftskammer und Regierung gilt jedoch nur für Arbeitnehmer und sozial Schwache!

### Geschenke an die Unternehmer

Nachdem bei der jüngsten Steuerreform die Unternehmer mehrmals zehnmal so stark entlastet wurden wie die Arbeitnehmer, gibt es nun das nächste Zuckerl für die Reichen. Ab Jänner 1994 ist eine Steuerentlastung für Unternehmer um insgesamt vier Milliarden (!) Schilling durch Schaffung einer Risikorücklage, in die steuerfrei nicht entnommene Gewinne eingelegt werden können, Abschaffung von Gewerbe- und Vermögenssteuer, Abschaffung von Kapitalverkehrs- und Börsenumsatzsteuern etc. geplant! Die Verbundgesellschaft, teilprivati-

Abschaffung von Gewerbe- und Vermögenssteuer für Betriebe kostet	4 Mrd
Die Kürzungen des Karenzgeldes für alleinstehende Mütter würde bringen, die Abschaffung der Familienbeihilfe für Studenten	0,7 Mrd
Die Abschaffung der Heimfahrhilfe für jene Studenten, die nicht am Wohnort studieren, würde bringen.	2,4 Mrd
plus Sparmaßnahmen bei Hausfrauen? Schülern? Kranken? Alten?...	0,25 Mrd
Soviele Menschen sollen für den Profit der Konzerne, privaten Unternehmer, Spekulanten und Reichen zahlen?	0,65 Mrd
	4 Mrd

### Freche Angriffe der Handelskammer

Bundeswirtschaftskammerpräsident Maderthaler legte schon vor einem halben Jahr sein "Acht-Punkte-Programm" vor. Dazu

stolz Generalsekretär Stummvoll im Juli in einem Interview des Nachrichtenmagazins "profil": Von den acht Punkten sind sieben verwirklicht: "Zeigen Sie mir irgendeinen Forderungskatalog der Gewerkschaften, von in wenigen Monaten soviel realisiert wurde!" Die Krisenregionsverordnung wurde Ende Juli abgeschafft. Sie bedeutete, daß jene Langzeitarbeitslosen, die über 50 waren und nur geringe Chancen auf einen Job hatten, länger Arbeitslosgeld erhielten.

Die steuerlichen Vorteile für Arbeitslose beim Jahresausgleich werden im Zuge der Steuerreform abgeschafft. Die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitssuchende wurden verschärft. Bei Selbstkündigung der Arbeitnehmer wird - als erster Schritt - der Arbeitssuchtag halbiert. Außerdem wurden die Kollektivvertragspartner ermächtigt, noch ungünstigere Regelungen für Arbeitssuchende festzulegen. Bei den nächsten Verhandlungen, in die die Gewerkschaft schon aufgrund der Wirtschaftslage nicht aus einer Position der Stärke

### ÖVP gegen Kranke und Schwangere

In der Spitalsfrage müsse über eine weitere Kostenbeteiligung von Patienten in "vertretbarem Ausmaß" (?) verhandelt werden, außerdem fordert Ditz die Einführung von Studiengebühren an den geplanten Fachhochschulen wie auch an den Universitäten. Diskutiert wird aber in der Regierung auch über die Abschaffung der Familienbeihilfe für Studenten. Bildung und Gesundheit werden, falls diese Maßnahmen

# Österreich: Wirtschaft in der Krise

Die österreichische Wirtschaft steckt in einer schweren Krise. Die Produktion nimmt genauso wie die Exporte und die Importe ab. Auch wird die Liste der Insolvenzverfahren täglich länger. Hallein Papier ist einer der vielen Betriebe, die Arbeitnehmer kündigen; die Arbeitslosenrate steigt nach wie vor. Doch hat die Rezession auch eine "gute Seite": die Koalitionsregierung offenbart ihr wahres Gesicht und steht nun noch offensichtlicher auf der Seite der privaten Unternehmer.

Nun können auch die optimistischen Wirtschaftsexperten der Bundesregierung die Krise nicht mehr verharmlosen. Der Rückgang der Industrieproduktion um 10%, der Exporte um 6,6% und der Importe um 9,9% im Juni 93 gegenüber dem Vergleichsmonat 92 sprechen eine deutliche Sprache. Die heimische Textilindustrie mußte im Juni 93 sogar Produktionswert einbußen von 19,6% gegenüber Juni 92 hinnehmen. In Vorarlberg kam es zu Kündigungswellen in der Textilindustrie, die Arbeitslosigkeit stieg mancherorts auf über 10%. Beinahe wöchentlich wird ein Betrieb geschlossen. Zirka 20-24% der in der Vorarlberger Textilindustrie arbeitenden Menschen mußten ihren Arbeitsplatz seit Juni 92 räumen. Grund für die Betriebsschließungen in Österreich ist zum einen die schlechte Wirtschaftslage und zum anderen die Auslagerung der Produktion der Niedriglohnbranchen (Grundstoff-, Textilindustrie, usw.) in "Billiglohnländer". Rumänische ArbeiterInnen bekommen z.B. für



### ...Fortsetzung von Seite 4

errechnete einen Gewinnschub allein wegen der Steuereinsparungen zwischen 25 und 30% vom bisherigen Gewinn. Die Arbeitnehmer werden wohl nicht 25-30% mehr am Gehaltskonto haben nach der Steuerreform. Im profi Nr.35 wird zwar darauf hingewiesen, daß die Steuerreform den Unternehmern auch etwas kosten wird. Aber sie werden sicher genügend Schlupflöcher finden, um nicht zu zahlen, die Änderungen abzuwehren, oder die Kosten auf Arbeiter und Konsumenten abzuwälzen. Die Verteilung von Reichtum, die Höhe der Profite und Löhne, der Umfang der Sozialleistungen sind politische Fragen - dieser Sozialabbau ist ein Angriff auf die Arbeiterschaft! Jeder soll sich selbst die Antwort geben, ob SPÖ- und Gewerkschaftsführung ihre Aufgabe erfüllen und wen sie mit ihrer "Sparpolitik" vertreten!

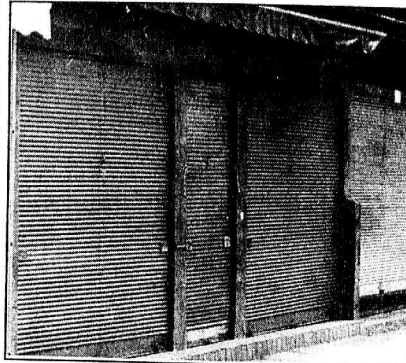
Sybille Uhudia SJ 3

die gleiche Leistung nur rund ein Zehntel des Lohnes der österreichischen ArbeiterInnen. Der Unternehmer kann dadurch noch mehr Profit machen. In der nächsten Zeit werden durch die Produktionsauslagerungen weitere 50.000 Arbeitsplätze in Österreich verlorengehen. Auch die "Verstaatlichte" (z.B.: AMAG) lagert aus. Der Produktionsrückgang führt auch zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit. Rund 300.000 Menschen "dürfen" dann im Frühjahr 94 stempeln gehen. Das entspricht einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate von 9%.

Vor allem die über 50jährigen sind stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Rund ein Drittel ist ohne Arbeit. Bis 1998 wird diese Zahl noch um 40% steigen. Im Vorjahr waren rund 627.000 Personen zumindest für einen Tag arbeitslos, in der Regel natürlich länger. Wer sich aber jetzt der Illusion hingibt, daß es von nun an nur mehr besser werden kann, der wird durch die Tatsache, daß es täglich mehr Arbeitslose und Insolvenzverfahren gibt, schnell wieder auf dem Boden der Realität zurückfinden. Die kapitalistische Krise bekommen die Arbeitnehmer handfest zu spüren.

### 1993: Das Jahr der österreichischen Rekordverschuldung

Dieses Jahr betrug die Staatsverschuldung erstmals über 1 Billion öS. Im Budget für 94 klafft im günstigsten Fall ein Finanzloch von 80 Mrd. öS. Realisten schätzen das Budgetdefizit 94 auf bis zu 100 Mrd. öS. Um nun das Finanzloch zu stopfen, schlagen die Parlamentarier, die sich fürs nächste Jahr rund 615 Mio. öS für ihre Gehälter und Abfindungen gesichert haben, Sozialabbau und Privatisierung vor. Alleinerziehende Mütter und Arbeitslose werden als "Sozialschmarotzer" diffamiert und staatliche Betriebe werden verschertelt. Seit 1987 wurden staatliche Unternehmen mit einem Gesamtumsatzvolumen von ca. 25 Mrd. öS und rund 14.000 Beschäftigten um nur 17 Mrd. öS privatisiert. In privater Hand sank der Umsatz um ca. 1,43 Mrd. öS und die Beschäftigtenzahl um ca. 3500. Ein paar der privatisierten Betriebe wurden zugesperrt oder stehen kurz vor dem Konkurs (z.B. Schiffswerft Korneuburg, HEBAG/Wien, KESTAG/Ferlach usw.). Die Betrie-



Ein Konkurs nach dem anderen

be, denen es schon vorher gut ging, bringen den privaten Unternehmern hohe Profite. Falls sich kein Käufer findet, wird zugesperrt und falls die Mitarbeiter nicht rentabel sind, werden Rationalisierungen durchgeführt und Löhne sowie betriebliche Sozialleistungen gekürzt. Und das, obwohl der Staat teilweise für Verlustabdeckungen und Sozialleistungen aufkommt. Trotzdem wollen die Koalitionspartner weiter privatisieren - um Budgetlöcher zu stopfen und die privaten Unternehmer zu bereichern!

Die Politik der Regierung stößt sogar beim ÖGB auf (ein bißchen) Widerstand. Die ÖGB-Führung, aufgeschreckt durch die hohen Arbeitslosenzahlen, fordert wieder zaghaft die Einführung der 35-Stunden-Woche. Durch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit würden zumindest 62.000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder abgesichert werden. Wenn der ÖGB diese "Unternehmerpläne" jetzt nicht durchkreuzt, wird es in Zukunft noch schwerwiegendere Angriffe auf die Arbeiterschaft geben. Vor allem bei den im Herbst stattfindenden Lohnrunden wird es Angriffe auf die Arbeitnehmer geben. "Die Lohnbildung müsse nach das Unternehmen heran", meinen die Unternehmer. Die Kollektivvertragsgrundlage soll nur noch die KV-Löhne bestimmen. Die Ist-Lohnhöhungen sollen dann den einzelnen Betrieben überlassen werden. Die Folgen für die Arbeitnehmer liegen auf der Hand: Sie würden dann in Zukunft noch weniger Lohn bekommen. Diese ÖGB-Führung wird den Kampf gegen die Unternehmer sicher nicht aufnehmen - damit rechnen auch die Arbeitnehmer, wenn sie solche Forderungen stellen.

Harald Kratochvila  
SPÖ 20/ Themeninitiative Jugendarbeit

## Unsoziale EG

### Sozialabbau in der EG: Unternehmer blasen zum Angriff

Durch Europa zieht eine Welle von Steuererhöhungen, Kürzungen von Sozialleistungen und Massenkündigungen im Zuge der "Strukturbereinigung". In vielen Ländern werden die Massensteuern erhöht. Das sind jene Steuern, die jeder, unabhängig vom Einkommen, zahlen muß, wenn er etwas konsumiert. (z.B. Mineralölsteuer, Alkoholsteuer...) Das kommt natürlich den Besserverdienenden zugute, da für sie der gleiche Betrag einem viel geringeren Teil ihres Einkommens entspricht.

Europa befindet sich in der Wirtschaftskrise. Fabriken werden geschlossen, hundttausende Arbeitnehmer entlassen, weil



Demonstration in Italien

mit ihnen kein Profit mehr zu machen ist. Die Ausgaben für Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, wenn es bezahlt wird, steigen und steigen. Die Regierungen geben Milliarden aus, um die Währungen zu stützen und nehmen das Geld von den Steuern der Arbeiterschaft. Den Profit aus diesen Geschäften streifen die Spekulanten ein. In den 80er Jahren hat die europäische Arbeiterschaft einschneidende Einkommensverluste hinnehmen müssen.

Die EG, die doch angeblich eine Verbesserung auch für die "kleinen Leute" bringen soll, zeigt ihr wahres Gesicht. Obwohl immer wieder versichert wird, daß eines der Hauptanliegen das "soziale Europa" sei, sind diese Versprechen das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind. Außer

### Deutschland - Aus für das Wochenende?

In Deutschland will Kohl, daß der Samstag künftig auch ein Arbeitstag wird - bei (noch!!!) gleicher Arbeitszeit. Diese Maßnahme reduziert in vielen Fällen die gemeinsame Freizeit von Partnern. Deutschland kündigt "beispielgebend" die Sozialhilfe und erhöht die Sozialabgaben, aber trotzdem werden die privaten Unternehmen mit Staatssubventionen durchgeführt.

- Der deutsche Wirtschaftsstaatssekretär Eckhoff wandte sich gegen einen Ausbau der Sozialgesetzgebung, denn "der beste Schutz für die Arbeiter besteht darin, daß sie einen Arbeitsplatz haben. Wir müssen die Reglementierungen abbauen." Das erinnert an die Aussagen von Schüssel und der Bundeswirtschaftskammer - bei uns heißt das "Deregulierung".

- Das deutsche Sparpaket wird auf dem Rücken der Armen und Ärmsten geschnürt. Es gibt Einschränkungen beim Arbeitslosengeld, den Lohnersatzleistungen und der Sozialhilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund befürchtet, daß allein durch diese Beschlüsse 70.000 Menschen arbeitslos werden könnten. Außerdem werden große Betriebe geschlossen, die Treuhand ruiniert Ostdeutschland und riesige Staatsbetriebe wie Telecom werden privatisiert. Aus den Staats- und Treuhandunternehmen können die privaten Unternehmer riesige Profite herausholen.

### Frankreich - Munteres Privatisieren

In Frankreich ist von der konservativen Mehrheit ein Gesetz zur Privatisierung von 21 Staatsbetrieben beschlossen worden. In der Praxis bringt Privatisierung für die Beschäftigten nur Nachteile. Abbau von Arbeitskräften, Lohnkürzungen und Abbau von Sozialleistungen. Die neue konservative Regierung versucht mit allen Mitteln, den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen und alle Verstaatlichungen rückgängig zu machen.

### Italien - Zukünftige Reallohnverluste der Arbeiterschaft

In Italien haben sich die "Sozialpartner" auf eine neue Form der Lohnverhandlungen geeinigt. Branchentarifverträge sollen alle 2 Jahre, Verhandlungen über Normveränderungen alle 4 Jahre festgelegt werden. Zusätzliche betriebliche Tarifverhandlungen gibt es überhaupt nur mehr bei Unternehmen mit Gewinn (und die Steuerberater kennen viele Tricks, um den ausgewiesenen Gewinn niedrig zu halten) und sind prozentuell an Produktionssteigerungen gebunden. Die 2- bzw. 4-Jahre-Regelung bringt den italienischen Arbeitern enorme Nachteile - je seltener verhandelt wird, desto seltener wird der Lohn an die Inflation angepaßt - in Folge bedeutet das Reallohnverluste! Die Regierung hat sich aber noch ein Zuckerl für die Unternehmer ausgedacht: Wenn sich Arbeiter und Unternehmer nicht einigen können, bekommen die Arbeiter einen Lohnzuschlag von zuerst 30%, später 50% der erwarteten Inflationsrate - auch das ist ein Reallohnverlust.

### Spanien - Lohnstopp und Preiserhöhungen

In Spanien sollen die Lohnabschlüsse der Beamten in den nächsten 3 Jahren insgesamt 6% unter der Inflationsrate liegen, zusätzlich werden die Mineralölsteuer und die Steuern für einige Konsumgüter erhöht. Spanien wurde von der EG vor einigen Jahren als "Wirtschaftswunderland" gefeiert. Jetzt stehen die spanischen Arbeiter vor den Trümmern der "sozialdemokratischen" Regierung. Massenarbeitslosigkeit, steigende Armut und Sozialabbau prägen die spanische Wirklichkeit.

unverbindlichen Erklärungen und Empfehlungen geschieht nichts. Im Gegenteil, das Argument der "EG-Reife" wird überall von Unternehmern benützt, um Sozialleistungen abzubauen, Löhne zu kürzen und Privatisierungen anzukurbeln:

50 Millionen EG-Bürger sind von Armut betroffen. In Deutschland, dem reichsten EG-Land, sind 40% der Haushalte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre einmal oder öfter unter die 60%-Grenze (d.h. das Einkommen liegt bei 60% des Durchschnittseinkommens von netto 4000 DM) - das ist "gemäßigte Armut" laut Soziologen - und 25% unter die 50%-Grenze (das ist die Armutsgrenze nach Vorschlag der EG-Kommission) gerutscht. In der EG sind 12% der Erwerbstätigen arbeitslos, davon 50% länger als 1 Jahr und 30% länger als 2 Jahre. 18% aller unter 25jährigen sind ohne Arbeit und die Chance, einen Job zu kriegen, ist für langzeitarbeitslose Jugendliche fast unmöglich. Aber auch jene, die einen Job haben, leben ständig in Unsicherheit. Nach Schätzungen stehen etwa 20% der Erwerbstätigen in einem ungesicherten Arbeitsverhältnis ohne ausreichenden sozialen Schutz und ohne existenzsicherndes Einkommen. Generell ist es in der EG in den letzten 20 Jahren zu einem Anwachsen der Lohnunterschiede zwischen gut und schlecht Verdienenden gekommen.

### Was bringt die Zukunft?

Die Perspektiven für die Zukunft sehen alles andere als rosig aus. Die Meldungen von Massenentlassungen und Betriebschließungen häufen sich. Die europäische Stahlindustrie wird 70.000 Stellen abbauen, die deutsche Autoindustrie fast 200.000... Um die Profite zu sichern, wird

### Die Reichen werden immer reicher

Kein Land ist von der Krise verschont geblieben - aber Manager, Unternehmer und die Reichen Europas fahren weiterhin ihre Profite ein. Während 10.000 oder sogar 100.000 ihre Arbeitsplätze verlieren und die Sozialleistungen gekürzt werden, genehmigen sich die Herren in den Chefetagen, aber auch die "Volkvertreter"! Jedes Jahr stattige Einkommenszuwächse. Der Vorstandschef des deutschen Medienkonzerns Bertelsmann, Wörsner, der wahrscheinlich bestbezahlte Manager Deutschlands, verdient rund 30 Millionen Schilling. Bei Henkel z.B. stiegen die Ausgaben für den neunköpfigen Vorstand um 13% und das, obwohl die Gewinne 1992 um 10% gesunken waren. In ganz Europa das gleiche Bild - nicht nur in der EG.

bei der Arbeiterschaft gekürzt. Betriebliche Sozialleistungen gehören vielerorts der Vergangenheit an, staatliche werden gekürzt, die Arbeitszeit soll verlängert und die Arbeitsintensität gesteigert werden. Die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer sind den Unternehmern lästig und schmälern den Profit. Also weg damit?!

### Nein zum Europa der Bossel! Ja zum Europa der Arbeiter!

Ein geeintes Europa ist ein erstrebenswertes Ziel. Ein Europa, in dem es keine Armut und keine Arbeitslosigkeit mehr gibt, in dem es keine Diskriminierung von "Nicht"-Europäern mehr gibt und in dem Themen wie Umweltschutz und Demokratie nicht



Streik in Ostdeutschland

## EG - Aus der Traum?

Der europäische August 1993 war wieder einmal von Währungsturbulenzen erfüllt. Munter wurde in fast allen europäischen Ländern abgewertet, als die EWs-Richtlinien in der EG geändert wurden. Die erlaubte Schwankungsbreite wurde vergrößert - von bisher 2,25 bzw. 6% auf generell 15% - damit nur ja keiner aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) herausfällt. Aber abgesehen von der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, wie z.B. zwischen Deutschland und Frankreich, besteht das EWS eigentlich nur mehr auf dem Papier. Von allen Seiten wird nun eine Abschwächung der "Konvergenzkriterien" gefordert. Das sind die Bedingungen, die jedes EG-Land erfüllen soll - Begrenzung der Staatsverschuldung auf 50% und der jährlichen Neuverschuldung auf 3% des Bruttoinlandsproduktes. Die Verwirklichung des kapitalistischen Europas ist eine Illusion - auch wenn uns die Propagandisten der EG etwas anderes einreden wollen.

Die Wirtschaftskrise hat die EG-Länder auseinandergerissen. Gleiche wirtschaftliche Freiheiten für alle EG-Unternehmen haben unter den Bedingungen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärke der EG-Länder nur eines zur Folge: Die wirtschaftlich schwachen Länder werden volkswirtschaftlich schwächer, die Konkurrenz aus den starken EG-Staaten wird übermächtig. Um die Produktion für den Export ein wenig anzukurbeln, müssen diese Staaten ihre Währung abwerten. Außerdem hat Deutschland durch die Beibehaltung der hohen Zinsen die anderen EG-Staaten an die Wand gedrückt. Dieses Europa ist geprägt durch Sozialabbau, Protektionismus, Preiskampf und Währungsspekulationen - keine Spur von wirtschaftlicher Gemeinschaft. Nur in einer Sache sind sich die EG-Regierungen einig: Die Kosten der Krise soll die Arbeiterschaft bezahlen! Gewerkschaftliche Rechte sind den Unternehmern lästig - also weg damit?!

nur leeres Gewäsch sind. Allerdings kann keiner dieser Punkte in einem Europa der Kapitalisten erreicht werden, solange der Profit der multinationalen Konzerne und privaten Unternehmen alles dominiert. Auch jetzt, in der Wirtschaftskrise, kürzen sie nicht ihre Gewinne, die wir erarbeitet haben, sondern unsere Löhne. In Zeiten wie diesen, greifen Politiker und Unternehmer zum altbewährten Mittel "Teile und Herrsche". "Die gewerkschaftlichen Rechte sind schuld an der Wirtschaftskrise" oder "Die Ausländer sind schuld an der Arbeitslosigkeit", behaupten sie. Ein Sprecher der deutschen Bank erklärte unlängst, "es ginge nicht an, wenn die Gewerkschaften ein gleich (hohes) Lohnniveau für alle europäischen Arbeiter fordern." In der Europäischen Gemeinschaft der Kapitalisten haben gewerkschaftliche und politische Rechte

für die Arbeiterschaft keinen Platz. Die Politik der Regierungen wird die sozialen Unterschiede vergrößern, Millionen Menschen in Armut und Arbeitslosigkeit treiben.

Ein NEIN zu der EG muß der Ausgangspunkt für eine sozialistische Politik sein. Ein NEIN zu der EG muß sich mit den gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiterschaft verbinden, um eine Alternative zum altbewährten Mittel "Teile und Herrsche". "Die gewerkschaftlichen Rechte sind schuld an der Wirtschaftskrise" oder "Die Ausländer sind schuld an der Arbeitslosigkeit", behaupten sie. Ein Sprecher der deutschen Bank erklärte unlängst, "es ginge nicht an, wenn die Gewerkschaften ein gleich (hohes) Lohnniveau für alle europäischen Arbeiter fordern." In der Europäischen Gemeinschaft der Kapitalisten haben gewerkschaftliche und politische Rechte

# Stoppt die

Die neuen Aufenthalts- und Fremden-gesetze sind zur Zeit in aller Munde. Doch reden allein genügt nicht. Das bloße Klagen über diese rassistischen Gesetze und die schlechte Behandlung der ausländischen KollegInnen wird die Gesetze weder zu Fall bringen noch werden dadurch Übergriffe gegen AusländerInnen verhindert.

Trotz restriktiver Ausländergesetze gibt es in der BRD Nazi-Übergriffe am laufenden Band. In Dolgenbrodt/Brandenburg war ein noch in Bau befindliches Asylantenheim einen Tag vor Eintreffen der Asylwerber angezündet worden. Der Täter war wahrscheinlich ein 19-jähriges Mitglied der inzwischen verbotenen rechtsextremistischen "Nationalistischen Front", der - so wird vermutet - von Bewohnern des Dorfes angeheuert worden war! Und Mitte August zogen 800 Nazis aus ganz Europa grolend und ungestört von der "überraschten" Polizei durch Fulda, um ihren traditionellen "Heiß-Gedenkmarsch" abzuhalten. Laut neuem Verfassungsschutzbericht der deutschen Regierung sind rechtsextreme Gewalttaten rasant angestiegen. Es soll über 40.000 Mitglieder in Nazi-Organisationen, an die 6.500 gewaltbereite Skinheads sowie über 80 Nazi-Organisationen geben. Nicht mitgerechnet wurden dabei die 25.000 Mitglieder der Republikaner, die offiziell nicht als rechtsextrem gelten. Diese Zahlen

sind trotzdem mit Vorsicht zu genießen, da die deutschen Verfassungsschützer wohl nicht auf der Seite der Antifaschisten stehen.

Das Antifaschistische Komitee (der Schüler und Lehrlinge) Wien hat eine Kampagne unter dem Motto "STOPPT DIE RECHTEN" gestartet.

## 24.10.: Demo

Seit Beginn der Sommerferien gibt es Aktionen, die bis zum 24. Oktober andauern werden. Dieser Tag wird mit einer Großdemonstration in Wien Abschlus der Kampagne sein. Die Demonstration wird im 20. Bezirk enden. Anschließend wird im "ROCKHAUS" ein antifaschistisches Fest stattfinden. Bis zum 24. 10. 1993 gibt es jeden Samstag ab 17 Uhr auf dem Stephansplatz in Wien einen Info-Tisch, bei dem wir vor allem Geld für das Antifa-Komitee sammeln werden. Die Regionalgruppen, sowie die Lehrlings- und Ordnerdienst-gruppe werden auch Informationstische betreuen und Veranstaltungen z.B. zum Aufenthaltsgesetz organisieren.

## 23.10.: Konferenz

Am Tag vor der Demonstration in Wien - dem 23. Oktober 93 - findet die jährliche Konferenz des Antifa-Komitees statt. Ein

Hauptpunkt der Konferenz ist ein Bericht über den antirassistischen Kampf in anderen Ländern. Gäste aus dem Ausland, von unserer Dachorganisation "JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA" werden uns über ihre Erfahrungen berichten. Die Slogans für die Demo am 24. Oktober 1993 sind:

\* Arbeitsplätze statt "Ausländer raus"!

\* Wohnungen statt "Ausländer raus"!

\* Wahlrecht statt "Ausländer raus"!

\* Jugendzentren statt "Ausländer raus"!

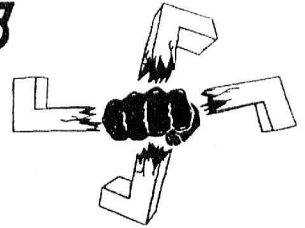
Diese sozialen Forderungen sind die zentralen Punkte unserer Kampagne gegen den Rassismus. Wir wollen zeigen, daß nicht unsere ausländischen KollegInnen und MitschülerInnen an den sozialen Mißständen schuld sind. Wir sind gegen die rassistischen Gesetze, die Ausländer zu Menschen 2. Klasse abstempeln. Das Antifa-Komitee hat ein Info-Hefchen zum Aufenthaltsgesetz erstellt, das man bei uns gegen eine Spende anfordern kann:

Antifa-Komitee, Postfach 1233 Wien, Kontonummer: Erste Österreichische Sparkasse 00033762511, Kennwort Aufenthaltsgesetz!

Mit der Demonstration wollen wir ein deutliches Zeichen setzen! Es ist wichtig, daß sich alle antifaschistischen Jugendlichen zusammenschließen. Die "großangelegte" Polizeiaktion gegen Nazis in Wien im August kann nur als Mißerfolg bezeichnet werden. Die Staatspolizei muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie unkoordiniert und eigenmächtig gearbeitet und zu lange gewartet habe, obwohl Ermittlungsergebnisse schon längst Anlaß zum Einschreiten gegeben hätten. Die Nazis sollen von der Aktion vorher Bescheid gewußt haben. Und auch in anderen Bundesländern gab es keine Maßnahmen, um die Nazi-Organisationen zu zerschlagen. Obwohl in Althofen organisatorische Fäden der rechten Szene zusammenlaufen, ist Kärnten von dieser Polizeiaktion ausgeklammert worden! Nehmen wir den Antifaschismus selbst in die Hand! Auf zur Antifa-Konferenz am 23. 10. 93 (in der VHS Ottakring) und zur Antifa-Demonstration am 24. 10. 93!

Katja Arthofer - Antifa Süd

# Rechten



## Das haben wir getan:

Das Antifa-Komitee der Lehrlinge und SchülerInnen Wiens wurde im Februar 1992 gegründet. Wir sind ein überparteiliches und unabhängiges Komitee, das in Regionalgruppen organisiert ist. Wir sind im Rahmen von "JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA" mit antirassistischen Gruppen in Deutschland, Holland, Großbritannien, Irland, Tschechien, Belgien, Norwegen, Polen, Schweden, Nordirland, Irland und Frankreich verbunden. Die internationale Demonstration am 24. 10. 1992 in Brüssel gegen Rassismus war der Höhepunkt unserer antifaschistischen Kampagne in Wien. 40.000 Jugendliche aus rund 15 europäischen Ländern demonstrierten gegen den Rechtsdruck in Europa. Anfang 1993 ha-

ben wir das "AUFBEGEHREN GEGEN HAIDERS VOLKSBEGEHREN" gestartet. 30 Veranstaltungen, eine Demonstration und eine Unterschriftenaktion organisierten wir innerhalb weniger Wochen. Immerhin 6500 Unterschriften konnten wir dem Innenministerium übergeben, als Protest gegen die Verwirklichung der 12 Punkte Haiders. 1993 veranstalteten wir die schon traditionelle Antifa-Demo am 20. April (Hitler-Geburtstag). Es fanden sich rund 1000 Jugendliche ein, um gegen Faschismus zu demonstrieren. Am traditionellen Fackelzug der SJ stellten wir rund ein Fünftel der Teilnehmer und sorgten für Schwung und Stimmung in der sonst eher mageren Demonstration. Im Mai unterstützten wir die internationale Solidaritätskampagne für den südafrikanischen politischen Häftling Philemon Makuu. Philemon war inhaftiert worden, weil er ein Selbstverteidigungskomitee in einem township leitete, zum Schutz vor Überfällen der Inkatha. Er begann einen Hungerstreik im Gefängnis, der eine internationale Solidaritätswelle auslöste. Diese weltweite Protestkampagne, bei der das Antifa-Komitee Wien 400 Protestunterschriften und 2000 OS an Spenden sammelte, bewirkte die Wiederaufnahme der Verhandlungen um einige politische Gefangene in Südafrika, die

**ANTIFA-Regionalgruppen**

**Antifa-Süd:** jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 19 Uhr, Reinprechtsdorferstr. 6, 1050 Wien.  
**Ordnerdienst:** jeden 1. und 3. Freitag im Monat, 19 Uhr, selbe Adresse

**Antifa-Nord:** jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, VHS-Raffaalg 11, 1200 Wien.

**Antifa-West:** jeden 2. und 4. Montag um 18 Uhr 30, Wien 15, Fun-Fun, Johnstr./Nähe Schmelz

**Lehrlingsgruppe:** jeden 1. und 3. Freitag im Monat, 19 Uhr, Siebensterng. 31, 1070 Wien.

**Wenn Du Lust bekommen hast mitzumachen, schreib an das Antifa-Komitee, Postfach, 1233 Wien oder komm gleich in einer Regionalgruppe vorbei!**

sich wie Philemon gegen die Angriffe der Polizei und Inkathaverteidigten. Antifaschismus kann nur erfolgreich sein, wenn wir uns international zusammenschließen und gegen rassistische Politik auftreten!

Harry Mahrer  
Sprecherrat des Antifa-Komitees

**JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA** hat zum Ziel, die Verbreitung von Rassismus in Europa und das Anwachsen der Rechten zu bekämpfen. **JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA (JRE)** will eine möglichst breite Opposition gegen Rassisten und Faschisten mobilisieren und die Jugend Europas verbinden. Dazu sind wir zur Zusammenarbeit mit allen antirassistischen Organisationen bereit und wollen insbesondere Jugendliche organisieren, die bisher noch nicht aktiv sind.

Wir sind uns bewusst, daß junge Leute auf die vergiftenden Ideen der Rassisten reinfallen können, wenn keine kämpferische linke Alternative angeboten wird. Wir wollen den Faschisten aktiv entgegenreten.

Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialabbau, zunehmende Perspektivlosigkeit für Jugendliche sind der Nährboden, auf dem Rassismus und Faschismus gedeihen. Wir wollen auch die sozialen Probleme bekämpfen und suchen deswegen insbesondere die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitnehmerschaft, vor allem den Gewerkschaften.

**aus dem Organisationsstatut von JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA (DEUTSCHLAND)**

**ANTIFA - KOMITEE**

**STOPPT**

**DIE RECHTEN**

**ARBEITSPLÄTZE statt Ausländer raus**

**Antifa-Kongress Sa. 23. 10.**

**Demonstration So. 24. 10. Wien**

**Jugend gegen Rassismus in Europa**

**MACH MIT!**

Gegen Nazis!  
 jeden Freitag 19 Uhr  
 Reinprechtsdorferstr. 6  
 Wien 15

## Internationale Antifa-Notizen

### JRE - Deutschland

Unter dem Motto "Stoppt die Nazis in Marzahn" marschierten am 21. 8. 93 2000 Antifaschisten durch den Ost-Berliner Stadtteil Marzahn, eines jener Gebiete, in dem die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch und die Nazis aktiv sind. Aufgerufen hatte "Jugend gegen Rassismus in Europa". Die Demo wurde von Nazis aus einem Haus mit Leuchtgeschossen und Flaschen angegriffen. Als Demonstranten die Nazis aus dem Haus holen wollten, hatte die Polizei nichts besseres zu tun, als die Nazis zu schützen und auf uns einzuprügeln. Erst nach einiger Zeit holte die Polizei die Nazis raus - aber Schwierigkeiten werden sie wohl nicht bekommen. Das Ergebnis der Demonstration ist, daß die JRE-Gruppe von Marzahn

jetzt doppelt so viele Aktivisten hat wie vorher. Die anderen JRE-Gruppen in Berlin haben im Moment kräftigen Zulauf.

### JRE - Großbritannien

Ende August fand in Liverpool ein großes antirassistisches Festival statt, das von JRE organisiert wurde. JRE wollte zeigen, daß es nicht nur Rechte schaffen, Konzerte auf die Beine zu stellen. Und die zahlreichen britischen Nazi-Bands und Morde an schwarzen Jugendlichen machen lautstarken Protest dringend notwendig. Die JRE-Kampagne hört mit diesem Festival aber nicht auf! JRE organisiert für den 16. Oktober 93 eine Antifa-Demonstration, die bei der BNP-Zentrale (faschistische Britische National Partei) enden wird.

## Marxismus aktuell

**"Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus"**

(Malcolm X)

Rassismus ist die Ungleichbehandlung von Menschen auf Grund von Hautfarbe, Herkunft, Abstammung... Was sind seine Ursprünge, seine Theorien, warum wird er immer "wiedergeboren" und wie können wir ihn bekämpfen?

### Wie rassistische Theorien entstanden

Die Entstehung der Rassentheorie ist eng verknüpft mit der Kolonialisierung des Globus und der Entstehung des Kapitalismus. Im Mittelalter und der Antike gab es nur die Unterscheidung zwischen Sklaven und Freien, bzw. Abhängigen und Herren. Jeder hatte den Platz, in den er hineingeboren wurde. Sklave oder Leibeigener konnte man als Angehöriger eines Siegvolkes genauso sein wie eines besiegten Volkes. Natürlich gab es auch Diskriminierung einzelner Gruppen, doch nicht auf Grundlage eines geschlossenen rassistischen Weltbildes, nur "Gottes Weg und Gnaden" waren (im Mittelalter) die ideologische Begründung für das Handeln der Herrschenden. Mit der Durchsetzung des Kapitalismus setzte die systematische Ausbeutung der Menschen und Reichtümer in den Kolonien ein, obwohl die Aufklärung von der Freiheit und Gleichwertigkeit aller Menschen gesprochen hatte. Die rassistischen Ideen boten hier die gewünschte Erklärung: Die Begründung für Ungleichheit und Versklavung ganzer Erdteile wurde durch die Einteilung von Menschen in verschiedene Wertigkeitskategorien, anhand von Hautfarbe, Herkunft usw., getroffen.

### Sozialdarwinismus

Zu diesem Zweck wurden die Evolutionstheorien des Forschers Darwin, der mit seiner Theorie von der Entwicklung des Menschen vom Überleben der am besten umweltauglichsten Tiere die Märschen der Kirche widerlegte, mißbraucht und in einer plumpen Abwandlung auf die menschliche "Rasse" umgelegt. Die weiße Rasse, erklärten die Rassentheoretiker, habe die beste Kultur dieser Erde entwickelt und alle anderen Rassen besiegt. Deshalb sei die weiße Rasse höherstehend und zur Welt Herrschaft berechtigt. Inhaltlich ist diese Theorie purer Unsinn: Durch die verschiedensten Wanderbewegungen im Laufe der Geschichte ist eine "Rassenaufteilung" gar nicht möglich. Die persönlichen Eigenschaften der Menschen sowie Intelligenz, Lernvermögen usw. haben absolut nichts mit irgendeiner Rassenaufteilung zu tun.

Auch das kulturelle Argument ist nicht sehr stichhaltig: Natürlich gab und gibt es zwischen einzelnen Regionen, Ländern, ... unterschiedliche Entwicklungsstufen. Doch entscheidend für das Kulturniveau ist, welches soziale System existiert, wie die Menschen leben und arbeiten. In Südamerika gab es gleichzeitig Hochkulturen und Steinzeit-Gesellschaftsformen. In China schoß man mit Schießpulver, während man sich in anderen Teilen Asiens (aber auch in Europa) noch Keulen und Schwerter auf die Schädel schmettete.

### Rechtfertigung für Ausbeutung

Die rassistischen Theoretiker waren und sind alles andere als konsequent. Richtig waren (und sind) die jeweiligen wirtschaftlichen und militärischen Erfordernisse der Unternehmer und deren Politiker: Aus den weißen Bewohnern Asiens wurden bei Beginn der Kolonialisierung dieses Kontinents "Gelbe", aus polnischen, tschechischen und kroatischen Slawen wurden (als diese Verbündete Österreichs wurden) lateinische (= zivilisierte) Slawen... Eine besondere Spielart der Rassentheorie stellt der Antisemitismus dar. Von französischen und deutschen "Rassenforschern" wurde den Juden (Die Abstammung und nicht das Bekenntnis ist bei dieser "Rassentheorie" entscheidend.) körperliche Merkmale (wie Nasen, Schädel und Gesäßformen) und gewisse Eigenschaften (Raffgier, Bereicherung...) willkürlich zugeschrieben. Demgegenüber wurden dann als Gegenstück die Mythen vom Germanentum und der "Arier" entwickelt, beides die ideologische Grundlage des Nationalsozialismus. (Wir können auf dieses komplexe Thema hier nur kurz eingehen. Wer mehr wissen will: "Leo Trotzki on the Jewish question", Kopien bei der Redaktion VORWÄRTS zu bestellen.)

### Kein Kapitalismus ohne Rassismus

Rassistische Politik (also Gesetze und Maßnahmen, die sich gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe aufgrund von Herkunft, Hautfarbe... richten: z.B. alle oder bestimmte Nichtösterreicher, Visumspflicht für Rumänen, Ausweisung für Roma und Sinti etc.) sind grundsätzlich (wenn auch oft mit großen Abstufungen), Bestandteil jedes politischen Systems im Kapitalismus. Z.B. gab es in derselben amerikanischen Armee, die die KZs befreite, unterschiedliche Einheiten für Schwarze und Weiße, und offizielle gesetzliche Diskriminierung von



Schwarzen (ähnlich wie in Südafrika, Apartheid) in den USA. Entscheidend ist nicht die persönliche Meinung eines Politikers (auch Haider kann Pizza und griechischen Volkstanz mögen), sondern die politischen Maßnahmen und Forderungen, die er vertritt.

Rassismus ist ein Mittel, die Arbeiterklasse zu spalten - und das in jedem Land der Erde! Nicht die Kapitalisten (die Horrormieten verlangen und Wohnungen aus Spekulationsgründen leerstehen lassen) sind dann plötzlich an der Wohnungsnot schuld, sondern die Zuwanderer, "Scheinasylanten", die "Zigeuner" oder die Slowenen. Rassistische Parteien und Politiker haben meist in Zeiten der kapitalistischen Krise Hochkonjunktur, dann also, wenn das Ablenken von den wahren Schuldigen an den sozialen Problemen wichtig für die Herrschenden ist. Es könnten sich aus sozialer Ungerechtigkeit, Armut, schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitslosigkeit Protestbewegungen entwickeln, die das Ausbeutersystem Kapitalismus abschaffen wollen. Rassismus fällt nicht vom Himmel und steckt auch nicht in jedem von uns. Es mag sein, daß es in jedem (anerzogene) psychologische Hemmschwellen gegen Fremdes gibt. Doch auch die Mehrheit der Österreicher sind für jeden von uns in diesem Sinne Fremde, jeder mit seinen Gedanken, seiner Geschichte, seinen Eigenarten. Gleich ist uns allen, in- und ausländischen Arbeitnehmern und Jugendlichen, daß wir hier leben möchten, eine gute Ausbildung bekommen wollen, Jobs und höhere Löhne haben wollen, ... Und es ist eine politische Frage, ob es eine Kraft gibt, die diese Gemeinsamkeiten aufbaut und die psychologischen Hemmschwellen gegenüber "fremden" Kolleginnen und Kollegen dadurch niederreißt. Im Kampf gegen alle (in- und ausländische) Rassisten, Nazis und Unternehmer sind die gemeinsamen sozialen Interessen entscheidend. Das Problem ist, daß die Führung von SPÖ und ÖGB bei dieser Aufgabe völlig versagt und rassistische Maßnahmen und Politik mitträgt, anstatt eine Gegenkraft aufzubauen. Dadurch macht sie beim "Teile und Herrsche-Spiel" der Herrschenden mit und macht den Boden für Haider & Co. fruchtbar.

John Evers,  
Jugend für Sozialismus 5

## "3. Welt": Armut ist kein Schicksal

Die Armut der "Dritten Welt" ist vielen Menschen bekannt, aber nicht alle sind sich über die Ursachen dieses Elends in unserer Welt bewußt. Wir lernen in der Schule über die Entwicklungsländer, über die sogenannte Entwicklungshilfe, die in diese Länder fließt, aber Verschuldung und Unterentwicklung der "Dritten Welt" wird meistens als eine unveränderbare Tatsache dargestellt.

Die westlichen Industrieländer haben sich die Welthandelstrukturen zu ihrem Vorteil zugeschnitten. Zur Zeit der Kolonisation wurden die Länder Lateinamerikas und Afrikas als Quelle billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte (Sklaven) ausgenutzt. In den Entwicklungsländern wurde die bestehende (heimische) Wirtschaft zerstört (z.B. in

**Ungleiche Landverteilung: In Lateinamerika verfügen 66% der Kleinbauern über nur 3,7% des bebaubaren Bodens.**

Indien die Textilproduktion) oder der Aufbau einer Industrie verhindert. Die weiterverarbeitende Industrie war aber in den Mutterländern angesiedelt. Jede Kolonie exportierte nur ein bis drei Produkte. Die Entwicklungsländer sind noch immer von diesen Exportgütern abhängig, die einzige Quelle für Devisen und Industriegüter. In den westlichen Industriestaaten steht die entwickelte Industrie, von deren Erzeugnissen die Entwicklungsländer abhängig sind. Auch wenn multinationale Konzerne ihre Fabriken in die "3. Welt" stellen, schmälert dies nicht die Abhängigkeit dieser Staaten, denn der Profit fließt in die Zentralen der Multis.

Der große Schuldenanstieg dieser Länder begann mit der Weltwirtschaftskrise 1974. Erstens wurde das Erdöl, das auch die Entwicklungsländer brauchten, in der Erdölkrise teurer, und zweitens verkauften die Unternehmer der Industrieländer, die ihre Überproduktion nicht mehr an den Mann brachten, ihre Produkte an die "Dritte Welt" mit dem Motto "Kaufe heute, zahle später". Es wurden großzügige Kredite vergeben, mit denen die Entwicklungsländer die Waren bezahlen konnten. Die erdöl-exportierenden Länder der "3. Welt" zogen mit den Erdölgewinnen eine Industrie hoch, die in den 80er Jahren wegen der Weltwirtschaftskrise zusammengekracht ist. So stiegen die Importe aller "Dritte-Welt"-Staaten im Zeitraum 1973-1981 von 94 Milliarden Dollar auf 351 Mrd. Ihr Schuldenberg wuchs von 113 auf 501 Mrd Dollar. Nur eine

kleine Oberschicht profitierte von den Importen, die die Verschuldung verursachten. Der größte Teil der Bevölkerung ging leer aus, sie müssen immer noch die Schulden zurückzahlen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) übt die zentrale Rolle bei den Verhandlungen zwischen den verschul-

**In Indien ist der Konsum der reichsten 20% achtmal größer als der Konsum der ärmsten 20%.**

deten Ländern und deren Gläubigern aus. Kann ein Land die Schulden nicht mehr zurückzahlen, werden diese natürlich nicht erlassen. Die Staaten müssen unter Aufsicht des IWF ein rigoroses Sparprogramm (austerity programm) durchziehen. Dies ist auch weiterhin nicht verwunderlich, wenn man weiß, wie die Stimmkraft im IWF verteilt ist: 20 Industrieländer verfügen über 59 % der Stimmen. Der IWF formuliert die Bedingungen, die das verschuldete Land erfüllen muß, damit es vom IWF Zahlungshilfe und von der Bankenwelt neue Darlehen erhält. Diese Bedingungen laufen immer nach dem gleichen Schema ab: Die Sozialausgaben müssen gesenkt werden (das betrifft vor allem Spitäler, Schulen und soziale Einrichtungen). Subventionen für Grundnahrungsmittel müssen gestrichen werden. Die Währung wird abgewertet, was dazu führt, daß mehr exportiert wird und im Inland kaum Produkte vorhanden sind.

**1991 investierten die Industrieländer ca. 55 Millionen \$ in die "Dritte Welt", im selben Jahr wurde den Entwicklungsländer über 175 Milliarden \$ abgeknöpft.**

Weiters diktiert der IWF ein Einfrieren der Löhne, Erhöhung der Preise, Privatisierung von Staatsbetrieben, Verkauf von Staatsbesitz wie Wald, Verkauf von Lizenzen an Multis für Rohstoffabbau und Beschränkung der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte. Daher ist es nicht seltsam, daß die Senkung von Militärausgaben nie vom IWF gefordert wird. Wo zu diese Schuldentilgung führt, kann man anhand dieser Forderungen leicht nachvollziehen. Es betrifft die Ärmsten, die Arbeiter und Bauern, sie leiden unter dieser "Gesundungskur" des IWF. Millionen Menschen leben in Armensiedlungen, verhungern oder sterben an Gewalt, Drogen oder militärischer Unterdrückung - der Grund ist immer



derselbe: Armut und Ausbeutung!

Diese Politik der kapitalistischen Industriestaaten und der Banken ruft unendliches Leid hervor und zynisch: "Hilfe zur Selbsthilfe" wird oft gefordert und ein paar lächerliche Millionen an "Entwicklungshilfe" von den westlichen Industriestaaten geleistet. Dieses Geld fließt aber zum

**Multinationale Konzerne haben in vielen Entwicklungsländern eine absolut beherrschende Anteil an der Produktion oder am Vertrieb von Industriegütern. In der brasilianischen Pharmaindustrie kontrollieren die Multis 85 %, in Mexiko 82 % und in Indien 75 %. Bei elektrischen Maschinen haben Multis in Brasilien einen Anteil von 79 %, in Kolumbien 67 % und in Chile 56 %.**

Größteil zur korrupten Oberschicht oder zum Militär. Am besten wäre es, wenn die multinationalen Konzerne mit all ihren Managern und Beratern, die korrupten Regierungen und das Militär zum Teufel gejagt würden. Die Arbeiter und armen Bauern wissen selber am besten, was sie brauchen, und deshalb können sie ihr Leben und ihre Wirtschaft auch selber organisieren. Diese ungerechte, kapitalistische Weltwirtschaft mit ihren Hölischenbedingungen und Zinsen, hält ganze Völker, viele Millionen Arbeiter und Bauern wie in einem Gefängnis. Der IWF und die westlichen Regierungen sind die Gefängniswärter - sie halten sich brutale Militärdiktaturen, um die Arbeiter der "3. Welt" zu unterdrücken!

Timea Zauner  
SJ 23/Gruppe Offensiv

## Krieg am Balkan

Der Balkan ist seit Jahrhunderten eine Region, in der es immer wieder zu Kriegen kommt. Die Völker wurden von wechselnden Mächten unterdrückt und gegeneinander aufgehetzt. Im Balkan trafen zwei Reiche, nämlich Österreich-Ungarn und das türkische Reich zusammen. Das führte zur Trennung zwischen Kroatien und Serbien. Der Kapitalismus hat sich in dieser Region erst spät entwickelt, geprägt durch die Schwäche der national zersplitterten Bourgeoisie, die vom ausländischen Kapital abhängig war. In jedem Flecken des Balkans wurde die Arbeiterklasse brutal ausgebeutet. Um die Wut der Arbeiter von den wahren Ursachen ihrer Misere abzulenken, setzten die Herrschenden wie so oft auf den Nationalismus. Auch die imperialistischen Mächte spielten die Nationalitäten gegeneinander aus, um ihre Macht in dieser Region aufrechtzuerhalten.

Nach dem 1. Weltkrieg forderten Frankreich und Großbritannien die Bildung eines Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, um ihren Rivalen Österreich zu schwächen. Im 2. Weltkrieg wurde das autoritär regierte Jugoslawien von Nazi-Deutschland besetzt. Die Partisanen unter Führung der Kommunistischen Partei führten den Kampf für die nationale Befreiung gegen die Faschisten. Die Befreiungskomitees der Partisanen erlangten mit Unterstützung des Volkes die Macht und errichteten einen stalinistischen Staat nach sowjetischem Vorbild. Die Wirtschaft wurde verstaatlicht und eine bürokratische Planwirtschaft errichtet. Es herrschte eine privilegierte Bürokratie, die jede Opposition in der Arbeiterschaft unterdrückte. Am stalinistischen Charakter Jugoslawiens änderte auch der Konflikt Titos mit der SU ab 1948 nichts. Da der Stalinismus nicht wie in Osteuropa durch die Sowjetarmee eingeführt worden war, sondern durch Massenbewegungen, war Tito unabhängig von Moskau. Das hatte aber keine Auswirkungen auf das politische und soziale System.

Die größte Nation in der Föderation war Serbien, allerdings nicht die Mehrheit. Eine Zeit lang konnte der Stalinismus Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln und den Lebensstandard der Bevölkerung heben - das war die Grundlage dafür, daß die Nationalitätenkonflikte abflauten. Aber das stalinistische System war unfähig, den Nationalismus zu überwinden. Die Industrialisierung, die durch die Einführung der Planwirtschaft gelang, war ungleichmäßig (Nord-Südfälle!). Die Bürokratie wurde schnell zu einem Hemmschuh für die Weiterentwicklung und versuchte, durch einen Zick-Zackkurs zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung, proforna-

Demokratisierung und Repression und das Auspielen der Nationalitäten gegeneinander von der permanenten Krise abzulenken. Durch Kredite, die der Westen im Gegenzug für das außenpolitische "Bravsein" hergab, ließen sich die Tito-Stalinsten über Wasser.

### Stagnation, Krise, Nationalismus

Doch das löste den Grundwiderspruch zwischen einer komplexer werdenden Planwirtschaft und dem Fehlen der Arbeiterdemokratie nicht. Ab Anfang der 80er Jahre zwang der IWF Jugoslawien Sparprogramme wegen der hohen Verschuldung auf. 1983 gab es eine Million Arbeitslose und eine Inflationsrate von 250%. Mazedonien, Montenegro und Kosovo gingen bankrott. Die Republikführungen Sloweniens und Kroatiens begannen demagogisch zu hetzen: Man wolle nicht mehr den Süden stützen. Gleichzeitig setzte auch die serbische Zentrale zunehmend auf den Nationalismus: Die Armee maschierte im zu 90% von Albanern bewohnten Kosovo ein. Die soziale Benachteiligung nahm die Form von nationalen Konflikten an.

In den 80er Jahren gab es Massenaktionen der Arbeiter. In den Republiken kam es zu Streiks, die teilweise auch die Republiksgrenzen überschritten. Als diese Kämpfe weitgehend ergebnislos blieben, gewann das Gift des Nationalismus die Oberhand.

Während Ende der 80er Jahre Milosevic vollständige Kontrolle über den serbischen Polit-Apparat erlangte, strebten die Machthaber Sloweniens und Kroatiens nach Unabhängigkeit. Alle wollten die Wiedereinführung des Kapitalismus, die Serben in einem Gesamtstaat unter serbischer Dominanz, die anderen durch den Anschluß an Westeuropa. Der bosnische Präsident Izetbegovic erklärte 1990 in einer Deklaration, daß er einen reinen Moslemstaat wolle. 1991 marschierte die Bundesarmee, deren Interessen sich mit jenen der serbischen Führung deckten, in Slowenien ein, wo sie aber keine Unterstützung in der Bevölkerung hatte. Die Unabhängigkeitserklärungen waren natürlich ein Schlag ins Gesicht der Föderalbürokratie, in der außerdem die Serben dominierten. Anders in Kroatien: Die reaktionäre Tudjman-Führung räumte der serbischen Minderheit in Kroatien keine Rechte ein und trieb sie so Milosevic in die Hände. Als der Krieg nach der Unabhängigkeitserklärung auf Bosnien überschwappte, in dem Kroaten, Serben und 43% Moslems leben, machten sich die ehemaligen Kriegsgegner Milosevic und Tudjman in trauerlicher Einheit an die Teilung dieser Republik. Sie wollen ein Großkroatien,

ein Großserbien und dazwischen einen Pufferstaat. Die UNO hat diese Dreiteilung de facto schon mit dem Vance/Owen-Plan akzeptiert. Der neueste Plan zur Aufteilung Bosniens sieht für die Serben 52,5%, für die Kroaten 17,5% und für die Moslems 30% des Territoriums vor. Der Moslemstaat ist aber in vier separate Teile getrennt, einen Transfer zum Meer gibt es nur durch fremde Gebiete. Es ist daher kein Wunder, daß die Moslemführung diesen Vorschlag bis jetzt abgelehnt hat.

Die dominierenden politischen und militärischen Kräfte in den Nachfolgestaaten, inklusive Serbien, sind prokapitalistisch. Es findet zwar in der Wirtschaft eine gewisse Re-Zentralisierung für Kriegszwecke statt, aber das ändert nichts an der grundlegenden Entwicklungstendenz dieser Gesellschaften in Richtung Kapitalismus. Die serbische Führung wird mit ihren Angriffen so lange fortfahren, bis sie ihre strategischen Ziele erreicht hat. Kosovo, Mazedonien und die Vojvodina könnten noch Schauplatz für einen neuen Balkankrieg sein.

### Elend und Kosten des Krieges

Der Krieg führte zur größten Bevölkerungsbewegung seit dem 2. Weltkrieg, nämlich von 2-3 Millionen Menschen. Alle Länder sind in eine noch tiefere Krise geschlittert. In Serbien sank die Industrieproduktion um 40%, die Inflationsrate beträgt 1200% monatlich. Am schlimmsten ist es, neben Bosnien, im Kosovo. Seit dem Einmarsch der Bundesarmee 1991 werden die Albaner noch brutaler unterdrückt. 85% der Kosovo-Albaner haben ihre Jobs verloren. Die Regimes der Republiken werden zunehmend autoritärer herrschen, um an der Macht zu bleiben. Auch die wirtschaftlichen Aussichten sind katastrophal, weil die föderale Wirtschaft auseinander gerissen wurde. Die Märkte in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion gingen verloren.

Der Kapitalismus ist für das ehemalige Jugoslawien keine Lösung. Die Wiedereinführung der kapitalistischen Marktwirtschaft brachte Nationalismus, Krieg und eine wirtschaftliche Katastrophe. Einen Ausweg aus der Misere kann nur die Arbeiterklasse anbieten, wenn sie sich über die Nationalitätengrenzen hinweg organisiert und unabhängig von ihren nationalistischen Herrschern für ihre Interessen kämpft. Gemeinsame Verteidigungskomitees könnten dafür einen Ansatzpunkt geben. Die Pflicht der internationalen Arbeiterbewegung ist es, die Opposition in der Arbeiterschaft zu fördern. Nur der Sturz der Regierungen und Militärs sowie der Kampf gegen den NATO-Imperialismus weisen den Weg für eine Abkehr vom nationalistischen Gemetzel.

David Mum

## NIGERIA

**Afrika versinkt in Hunger, Elend und Bürgerkrieg. Ein Beispiel für die explosive Lage auf diesem Kontinent ist Nigeria: Nach zehn Jahren Militärregierung legte General Babangida Ende August sein Amt nieder und übergab die Amtsgeschäfte einer von ihm eingesetzten Übergangsregierung unter dem bisherigen Regierungschef Ernest Shonekan. Doch der Druck auf die Übergangsregierung wächst, da sie bloß die Macht der Militärs sichern soll.**

### Militärputsch 1983

Die letzte zivile Regierung, die Zweite Republik, wurde 1983 durch einen Putsch der Militärs gestürzt. Die Militärregierung hatte anfangs große Unterstützung, da die Machthaber der Zweiten Republik durch und durch korrupt waren. Doch die Unterstützung in der Bevölkerung schwand sehr rasch, da die sozialen Probleme nicht gelöst wurden. Der jetzt abgetretene General Ibrahim Babangida kam durch einen zweiten Putsch 1985 an die Macht. Er hatte dabei nur geringe öffentliche Unterstützung.

### Übergang zur zivilen Regierung

1986 gab Babangida einen Plan zur Überführung in eine demokratische Dritte Republik für 1990 bekannt. Ein wildes Zick-Zack-Manöver begann: Es wurde ein Büro eingerichtet, das die politische Meinung der Bevölkerung feststellen sollte. Mitte 1987 fanden die Machthaber heraus, daß die nigerianische Bevölkerung Sozialismus wollte. Im Juli 1987 wies die Militärregierung vorbeugend jede sozialistische Forderung zurück. Außerdem erklärte sie, daß in der Dritten Republik nur zwei Parteien erlaubt sein würden. Zugleich wurde die Machtübergabe auf Oktober 1992 verschoben.

1989 wurde die Gründung von politischen Parteien erlaubt, die dann einen "Wettbewerb" durchführen sollten. Die Militärregierung wurde dann die zwei Parteien auswählen, die in der Dritten Republik erlaubt wären, 13 Parteien, unter ihnen eine Arbeiterpartei, die von den Gewerkschaften unterstützt wurde, wurden gegründet. Im Oktober 1989 lösten die Militärs alle 13 Parteien auf und gaben bekannt, daß die Regierung zwei vollkommen neue Parteien gründen wird. Die Regierung schrieb die Grundsatzpapiere, suchte die Führer aus und finanzierte die "Rechts von der Mitte"-Partei, die Nationalrepublikanische Versammlung, und die "Links von der Mitte"-

Partei - die Sozialdemokraten. Das Datum der Machtübergabe wurde erneut, diesmal auf Dezember 1992, verschoben.

Es wurden Lokal- und Bundesstaatswahlen abgehalten und im Juli 1992 Wahlen für die Nationalversammlung. Die Wahlbeteiligung lag bei 25%, was den geringen Einfluß und die nicht vorhandene Basis für diese beiden Parteien zeigt. Die Militärs erklärten, daß die Machtübergabe erst nach den Präsidentschaftswahlen stattfinden werde. Im November 1992 wurden die Präsidentschaftskandidaten disqualifiziert. Die Machtübergabe wurde erneut, diesmal auf 27. August 93, verschoben und Präsidentschaftswahlen für 12. Juni angekündigt.

Die Machthaber wollen sich mit der altbewährten Taktik "Teile und Herrsche" an der Macht halten. Dadurch haben Babangida und die von ihm eingesetzte "Übergangsregierung der Nationalen Einheit" im Norden und Osten Nigerias nach wie vor eine gewisse Basis. Die Arbeiter- und Studentenbewegung muß die Gültigkeit der Wahl vom 12. Juni anerkennen. Die Arbeiter sehen in Abiola einen Vorteil gegenüber einer Militärregierung. Auch wenn er selbst nur durch halbdemokratische Mittel an die Macht gekommen ist, könnte die Wahl der Funke für weitere Kämpfe für demokratische Rechte sein. Alle anderen Forderungen wurden in Wirklichkeit nur die Militärs und die Übergangsregierung stärken. Aber die Arbeiter müssen ihre Unabhängigkeit von Abiola bewahren. Lokale Aktionskomitees müssen die Arbeiter in einem Kampf für volle demokratische und gewerkschaftliche Rechte mobilisieren.

Unabhängige Aktionen der Arbeiterklasse, verbunden mit einem Generalstreik, sind die einzig wirkliche Möglichkeit, die Übergangsregierung und die Militärs zu stürzen und eine echte Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm zu gründen. Eine sozialistische Zukunft für Nigeria ist die einzige Möglichkeit, die Herrschaft der Militärs und der Kapitalisten zu brechen und die ständige Armut zu verhindern.

Richard Klug  
Vorsitzender der SJ 6



Ex-Diktator und General Babangida

### Präsidentschaftswahlen

Bei den Präsidentschaftswahlen am 12. Juni wurde der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei, Moshood Abiola, Sieger. Er, selbst Millionär und Unternehmer, konnte mit Slogans gegen die Armut punkten. Die Wahlbeteiligung dürfte trotzdem unter 40% gelegen sein, was wieder die Skepsis gegen beide Parteien zeigt. Die Sozialdemokraten hatten ca. 58% und die Mehrheit in 19 der 30 Bundesstaaten. General Babangida erklärte die Wahl für ungültig und sagte, daß sie offiziell nie stattgefunden habe. Die beiden Kandidaten wurden bei den neuen Wahlen nicht zugelassen; Abiola, weil er schon seit mindestens einem Jahr nicht mehr in seiner Partei war, der Gegenkandidat, Bashir Tofa, weil er unter 50

# Der Öko-Schmäh

Es begann an einem Samstagmorgen, als wir in Berlin ankamen. Mit wahnsinnigem Hunger und großen Schritten marschierten wir in einen Supermarkt. Dieser war uns im ersten Augenblick sympathisch, da selbst Alu-Dosen und mit Kunststoff verpackte Wurst einen grünen Punkt hatten. Wir schlossen daraus, daß diese speziellen Verpackungen besonders umweltfreundlich sind.

Doch schon ziemlich schnell wurden wir Ahnungslos eines Besseren belehrt. Nämlich - und nun der "springende Punkt - der grüne Punkt" ist nur eine Lizenz-Gebühr. Er soll darauf hinweisen, daß die gebrauchte Verpackung wiederverwertet werden kann. Etwa 600 deutsche Hersteller zahlen eine Lizenz an die DSD (Duales System Deutschland), die dann für die Rücknahme und Verwertung der Verpackung garantiert. Aufgrund dieser Gebühr braucht sich der Hersteller nicht mehr um die Entsorgung kümmern. Diese Lizenzgebühr wird in der Praxis natürlich an den Konsumenten weitergegeben.

Damit haben sich die (deutschen) Unternehmer schön aus der Schlinge gezogen. Ins Leben gerufen hätte die deutsche Wirtschaft den "grünen Punkt", als eine Verpackungsverordnung drohte, die eine Rücknahme der Altmaterialien in den Verkaufsstellen zur Folge gehabt hätte. Da das Kosten für die deutschen Hersteller bedeutend hätte - die Supermärkte hätten eher Waren ohne oder mit weniger Verpackung oder Mehrwegverpackungen genommen - erfand man den "grünen Punkt".

Nur wie und ob die Verpackungen mit dem grünen Punkt entsorgt werden, ist fraglich. Viele der gesammelten Verpackungen sind nicht, oder nur unter extremen Kosten, zu "downcyceln" (d.h. aus den Altstoffen wird nicht ein neues, gleiches Produkt, sondern ein minderes Produkt - aus einer Plastikflasche wird nicht wieder eine Plastikflasche, sondern irgendwelche Platten etc.). In Deutschland gibt es inzwischen Diskussionen über die Abschaffung des grünen Punktes. Denn gesammelte Verpackungen, die eigentlich verwertet werden müßten, haben sich auf Deponien an zahlreichen Stellen in der "3 Welt" und Osteuropa wiedergefunden. Die angebliche Wiederverwertung stellt sich als Öko-Schmäh heraus.

Auch wenn dieser Punkt grün ist, er weder ökologisch noch umweltfreundlich. Er fördert nämlich Einwegverpackungen. Anstatt Mehrwegverpackungen oder überhaupt keine Verpackung (die einzig wirklich umweltfreundliche Lösung) zu forcieren, hat die deutsche CDU-Regierung mit der Förderung des grünen Punktes der Wirt-

schaft einen großen Gefallen getan.

Während man in Deutschland über die Abschaffung wegen Nicht-Funktionierens diskutiert, möchte man in Österreich ab 1.10.93 eine ähnliche Regelung einführen. Die Altstoff Recycling Austria, Dachgesellschaft, Lizenzgeberin und Koordinationsstelle der heimischen Sammel- und Verwertungsgesellschaften kassiert wie der Österreichische Kunststoffkreislauf - ÖKK (aber auch die ArgeVerpackung) bei den Lizenzbeiträgen, die vom Konsumenten eingehoben werden, mit. Die Preiserhöhungen dürften 1,5% des Warenpreises ausmachen. Während heuer noch rund 208.000 Tonnen Kunststoff auf den Deponien landen, sollen es 1997 (!) nur noch 94.000 sein. Die ArgeV wird Plastikflaschen, Alu- und Konservendosen und anderes übernehmen. Dabei dürfte die ArgeV bis jetzt nicht wirklich funktionie-



ren. Über die ArgeV sollen alleine pro Jahr 1,8 der veranschlagten 4 Milliarden Lizenzbeiträge laufen. Doch noch feilschen die Unternehmer und die Lizenzgeberin um Profit und nochmals Profit. Jeder will abbkassieren beim "Umweltschutz". Obwohl bekannt ist, daß die Verwertung auf diese Weise nicht funktioniert und daß das System nicht umweltfreundlich ist, hat man wieder dem Druck der Unternehmer nachgegeben. Profit contra Umwelt. Die erste Runde geht an den Profit. Die zweite muß an uns gehen, wollen wir nicht im Müll ersticken.

Claudia Csörgits SPÖ 20  
Themeninitiative Jugendarbeit

## Uni-Aktuell

### UNI - Nur mehr für Unternehmerväter?

**Stundenlange Wartezeiten, überfüllte Hörsäle und schlechte Praktika und Übungen sind gute Bekannte jedes Studierenden. ÖVP-Minister Busek weiß ein Zaubermittel dagegen: Studiengesehnen!**

Man sollte meinen, daß Bildung etwas Erstrebenswertes ist. Je mehr gut Ausgebildete, Universitätsabsolventen, desto besser. Was passieren würde, wenn Buseks Forderung durchgeht, liegt auf der Hand:

Kinder aus sozial schwächeren Familien, die es sich nicht leisten können, einen Studenten 5 Jahre lang zu ernähren und natürlich Frauen, (da das Vorurteil "Die Tochter heirat' eh", leider immer noch sehr verbreitet ist) werden sich das Studieren vermehrt nicht mehr leisten können. Überhaupt würde es Frauen hart treffen. Wenn z.B. einem Studentenehepaar das Geld ausgeht, ist es (leider) wahrscheinlicher, daß die Frau arbeiten geht. Und alleinerziehenden Studentinnen würde es unmöglich gemacht werden, ihrem Studium weiter nachzugehen. Somit würde der Anteil der Studentinnen, der sich nach der Abschaffung der Studiengesehnen (die es ja schon einmal gegeben hat) vor knapp zwei Jahrzehnten auf knappe 50% erhöht hat, vermutlich wieder drastisch sinken.

#### Studiengesehnen senken Bildungsniveau

Auch der Vorschlag, gleichzeitig mit den Studiengesehnen "Studierschecks" einzuführen, mit denen man die Studiengesehnen für die Studienmindestzeit zahlen könnte, aber nach deren Aufbrauchen man dann für das "Trödeln" selber zahlen mußte, geht in Richtung sozialer Numerus Clausus. Ebenso die bereits erfolgte 8-Wochenstunden-Regelung. (Wenn diese Zeit

nicht erbracht wird, folgt der Verlust der Kinderbeihilfe). Folge: Gut abgeschicte Oberschichtkinder und Abkömmlinge reicher Unternehmer können es sich leisten, ohne Nebenjob zu studieren. Aber Kinder aus sozial schwachen und normal verdienenden Familien müssen arbeiten gehen, um den Lebensunterhalt, der auch dann meist nur ein sehr bescheidener ist, bestreiten zu können. Bereits jetzt muß die überwiegende Mehrheit der Studenten "neben" dem Studium arbeiten. Eben weil die Unterstützung so niedrig und Mieten, Lebenshaltungskosten und Studienbeihilfe (wenn man ein Buch ausborgen will, ist es oft genug nicht da, also muß man es doch kaufen!) so teuer sind, müssen Studenten arbeiten und für das Studieren bleibt zuwenig Zeit! Das fehlende Geld ist schuld an den langen Studiendauern und nicht die angebliche Faulheit der Studenten. Der Kampf gegen die Einführung der Studiengesehnen muß sich ergänzen mit der Forderung nach sozialer Absicherung für alle Studierenden!

Noch gibt es eine geschlossene Front gegen Studiengesehnen aller wesentlichen Studentenvertretungen. Doch wie lange noch? Die ÖVP-sehr-nah AG (Aktionsgemeinschaft), stimmenstärkste Fraktion im ZA (Zentralausschuß, bundesweites "Studentenparlament"), wird dem Druck von ÖVP-Bundesvorsitzenden und Wissenschaftsminister Busek sicherlich weichen, so wie bei der 8-Wochenstundenregelung! Die linken Studentenfraktionen müssen Kampfmaßnahmen vorbereiten und gegen alle weiteren Versuche, den freien Hochschulzugang abzuschaffen, mobilisieren!

Karin Zimmermann  
Jugend für Sozialismus 5

Fortsetzung von Seite 16  
z.B. die Raffinerie). Das hieß: ausgliedern, verkaufen und Teile zusperrn. Nach einer Streikdrohung der Belegschaftsvertretung sagte Minister Klima lediglich zu, die ÖMV nur im Ganzen zum Verkauf anzubieten. Sollte sich dennoch jemand für Teile der ÖMV interessieren, werde der Betriebsrat informiert - was natürlich nicht heißt, daß er auch mitentscheiden darf. Der Verkauf der ÖMV wird ohnehin längst nicht mehr in Frage gestellt (auch nicht mehr von der OGB-Führung). Daß auch nicht auf der Hilfe der SPÖ-Führung zu hoffen ist, zeigt die Tatsache, daß jegliches Konzept zur Weiterführung des Betriebes fehlt. Die Regierung, der zuständige Minister ist von der SPÖ, will privatisieren. Der Verkauf ist eine politische Entscheidung. Wirtschaftspolitik ist niemals wertfrei, objektiv - der von der Regierung gehuldigte "Pragmatismus" ist nichts anderes als Ausverkauf an private Unternehmer, damit diese dann Profite einahren können. Diese werden die ÖMV wohl nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit kaufen und die Meinung der Personalvertretung berücksichtigen.

Derzeit wird den Arbeitnehmern eingeredet, daß die Firma bzw. ihre Arbeitsplätze durch Verzicht möglicherweise zu retten wären. Durch Verzicht auf Arbeitnehmerrechte bleiben die restlichen Errungenschaften (Ist-Löhne, betriebliche Sozialleistungen...) nicht bestehen, sondern es wird nur weiteren Angriffen Tür und Tor geöffnet. Die Verstaatlichte wird erschlagen und privatisiert; dann können die Privatunternehmer ihre Gewinne erst recht durch Subventionen aus dem Steuertopf absichern. Multinationale Konzerne werden durch Steuergeschenke und staatlichen Subventionen angelockt. Um jeden Preis (zu billiger Verkaufspreis) werden die privaten Unternehmer hereingeholt - auch Teilprivatisierungen sind beliebt. Vorher werden die Unternehmen aber noch "attraktiv" gemacht - d.h. Personal reduziert und Betriebe zergliedert. Die Arbeitnehmer, die auf die Straße gesetzt werden, belasten den Unternehmer dann ohnehin nicht mehr.

Die ÖMV-Arbeitnehmer haben einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Ein Kampf gegen den Verkauf kann beispielgebend auf andere Betriebe wirken. Jahrelang werden die Verstaatlichten-Arbeiter und Angestellten der verschiedenen Standorte schon gegeneinander ausgespielt. Stückchenweise wird die Verstaatlichte Industrie privatisiert. Manche Multis wie Siemens sichern sich durch Käufe eine starke Monopolstellung in der Industrie. Die Arbeiter und Angestellten sind den neuen Eigentümern ausgeliefert. Die Arbeitnehmer dürfen sich jetzt nicht auseinanderdividieren und durch kurzfristi-

geZugeständnisse beirren lassen. Gemeinsam kann der Ausverkauf der ÖMV und der verstaatlichten Wirtschaft verhindert werden. Gewerkschaftlicher Kampf um jeden Job! Die Regierung und das Management dürfen mit Versuchen, die Belegschaftsvertreter durch Tauschgeschäfte (z.B. weniger Kündigungen gegen Abbau von Sozialleistungen) auf ihre Seite zu ziehen, nicht durchkommen! Das Argument, daß durch Verkauf echte Erträge erzielt werden können, ist schlichtweg falsch: kein in- oder ausländischer Unternehmer wird in die ÖMV einsteigen, wenn es sich für ihn nicht lohnt. Österreich kann sich der weltweiten Wirtschaftskrise nicht entziehen - die derzeitige Politik ist allerdings darauf ausgerichtet, die Auswirkungen der Krise auf uns ArbeitnehmerInnen noch zu verschärfen. Wir fordern die vollständige Offenlegung der Geschäftsbücher und Transaktionen des Managements! Keine Geheimverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Personalvertretern und andererseits Management und Regierung! Rücknahme der bereits erfolgten Privatisierungen! Kein Lohnverzicht und Sozialabbau! Um schlagkräftige Kampfmaßnahmen (wie Streiks) aufnehmen zu können, müssen die Beschäftigten und Gewerkschafter aller verstaatlichter Unternehmen (wie AUA und VOEST Linz) zusammenarbeiten. Kampf für Arbeiterkontrolle in der Verstaatlichten, damit die Unternehmen nicht zum Spielball privater Konzerne werden!

### KAMPF UM JEDEN ARBEITSPLATZ! KAMPF GEGEN PRIVATISIERUNG!

Andrea Koch  
Mitglied der FSG in der ÖMV



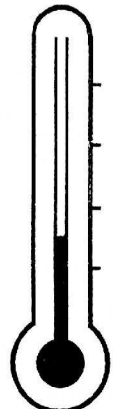
"Gegen Nazis" - T-Shirts  
(rote Faust)  
120,- inkl. Porto b. d. Redaktion  
PSK 8812.733 Kennwort "T-Shirt"

## Kampffonds

Liebe LeserInnen! Liebe Leser!  
Nicht zuletzt dank Eurer Hilfe können wir mit unserer Zeitung sozialistische Ideen weiter verbreiten als bisher. Eine grundsätzlich erfreuliche Tatsache, die aber auch Probleme mit sich bringt: So sind ein FAX-Gerät und andere technische Verbesserungen mittlerweile unerlässlich geworden. Deshalb haben wir uns zum Ziel gesetzt, bis zum Ende des Jahres unser Kampffondziel von 275.000,- € zu erreichen.

Auch in den Sommermonaten waren wir nicht untätig: Durch unerlässliches Verkaufen von Zeitungen und durch sonstige Aktionen konnten wir in den Monaten Juli/August Einnahmen von 27.291,30 € erzielen.

In Salzburg wurden 755,-, am IUSY-Treffen in Portugal 2082,- und beim Wr. Neustädter Musikfestival 1590,- an Spenden eingenommen. Eine Genossin aus der KPÖ spendete 50,-. Einige Genossen spendeten den Erlös aus Flohmarktverkäufen in der Höhe von 2925,- €. Insgesamt konnten wir einen Kampffondstand von 138.956,20 € erreichen - das sind aber erst 62% unseres Zieles! Mit Eurer Hilfe werden wir unser Ziel erreichen und die sozialistische Idee mit verbesserter technischer Unterstützung weitertragen!



Spendenkonto  
PSK 8812.733



## Kein Verkauf der ÖMV

Das Spiel um den geplanten Ausverkauf der ÖMV wird immer skurriler: Die AMAG schreibt Verluste. Mit dem fadenscheinigen Argument, diese dadurch "sanieren" zu können, will die Regierung die ÖMV abstoßen. Um das Verscherbeln üben zu können, wurde die ÖMV erstmal von Österreich an sich selbst verkauft. (Von den Austrian Industries an die ÖIAG, deren Eigentümer in beiden Fällen die Republik Österreich ist.) Die ÖMV Gruppe (inklusive Chemie Linz, PCD) macht auch Verluste, deshalb läßt sie sich derzeit nicht so gut an private Unternehmer verkaufen. Schuld am negativen Ergebnis sind - natürlich - die Arbeitnehmer der ÖMV Gruppe, so meinen die Manager. Die Regierung verwendet die Verluste als willkommenes Argument, die ÖMV loszuwerden. Wieder einmal werden die vielzitierten Interessen des Steuerzahlers vorgeschoben, um den Interessen der Privatwirtschaft und multinationalen Konzernen zu dienen.

### Kein Prozent privat!

Die ÖMV befindet sich derzeit zu 28% in privater Hand, 72% der Aktien hält die ÖIAG. Die Regierung plant, 49% der ÖMV zu privatisieren. Argumentiert wird, daß die Entscheidungsgewalt über die ÖMV trotzdem Sache der Regierung bleibt. (Lüge: Mit nur 51% der Aktien ist der Entscheidungsspielraum bereits entscheidend eingeschränkt.) Gerade in Zeiten der internationalen Rezession können starke staatliche Unternehmen Auswirkungen des Kapitalismus abfangen und diesen Bereich den privaten Unternehmern zu überlassen, heißt betriebliche und politische Errungenschaft der Arbeiterbewegung abzuschaffen. Je stärker der Einfluß des Privatkapitals ist, desto stärker werden die Arbeitnehmer von den Folgen der Rezession getroffen.

Die SPÖ-Führung trägt den Privatisierungskurs von ÖVP und FPÖ voll mit. Der Bundesesparteitag der SPÖ hat sich zwar mehrheitlich gegen eine ÖMV-Privatisierung ausgesprochen, was aber von der Parteiführung einfach ignoriert wird. Privatisierung und Personalabbau sind denn auch die einzigen Lösungen, die der Regierung und dem Vorstand einfallen. Die zahlreichen Verfehlungen des Managements (z.B. der Kauf des italienischen Melaminwerks Castellanza zum doppelten Preis oder die krampfhaft Internationalisierung werden nicht in Frage gestellt). Eingespart wird natürlich weniger im Management und bei den Aktionären (immerhin noch 15% statt bisher 20% Dividende auf ÖMV-Aktien) als vielmehr bei den einfachen Arbeitnehmern. So wurde die jährliche Sonderzahlung 1992 für die MitarbeiterInnen gestrichen, während das Management zusätzlich zum fetten Gehalt eine Erfolgs-

prämie erhielt. Die Pensionen wurden bereits gekürzt. Der Personalabbau in der ÖMV-Gruppe hat bereits eingesetzt: 1992 wurden 900 (von 13.400) Arbeitnehmer durch Anreize wie Frühpensionierung und erhöhte Abfertigung "freiwillig" abgebaut. Dafür wird die Arbeitslosenversicherung strapaziert. Entlastet wird der ausländische Konzern, der sich an der ÖMV beteiligen wird.

### Ein mieser Deal

Die Profite werden (nach den Kündigungen) privatisiert, während die Verluste und Kosten "verstaatlicht", bzw. von den Massensteuern der Arbeitnehmer bezahlt werden. In der PCD (Kunststoffbereich) sollen mit der Begründung einer schlechten Halbjahresbilanz (Verlust im Vorjahr: 1,6 Milliarden öS) 250 Arbeitnehmer gekündigt werden - mit "Sozialplan" und Zustimmung des Betriebsrates. Anfang Juni wurde in Aussicht gestellt, daß Teile der ÖMV auch einzeln abgestossen werden könnten (wie

Fortsetzung Seite 15

### Dafür kämpft VORWÄRTS:

- **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!**
- **12.000.- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!**
- **30 m<sup>2</sup> Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!**
- **Rigoreuse Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!**
- **Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!**
- **Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!**
- **Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!**
- **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**
- **Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!**
- **Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!**



Ich möchte

## VORWÄRTS

unterstützen und bitte  
um weitere Informationen ○

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Ich möchte:

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50.- öS

10 Ausgaben zu 100.- öS

ein VORWÄRTS-Förderabo zu  
.....öS beziehen

Auslandsabo (5 Ausgaben 80.-)

Einsenden an:  
Verein Vorwärts zur sozialistischen  
Demokratie  
PF. 2, A - 1082 Wien